

Alte Herausforderungen und neue Chancen

ZWEITE AMTSZEIT PRÄSIDENT BARACK OBAMAS

Wenn Präsident Barack Obama seine zweite Amtszeit beginnt, ist – anders als vor vier Jahren – nicht “hope and change” angesagt. Viele sehen die Zukunft skeptischer, geben Barack Obama dennoch hohe Zustimmungsraten. Vor allem die zweite Amtszeit dürfte über Präsident Obamas Platz in der Geschichte entscheiden. Zu Beginn der neuen Amtszeit steht Obama vor neuen und alten Herausforderungen. Wie schon in den vergangenen Jahren steht er einem gespaltenen Kongress gegenüber, auf den er jedoch bei der Umsetzung seiner Vorhaben angewiesen ist. Dazu gehören zunächst unerledigte, bzw. unabgeschlossene Aufgaben aus seiner ersten Amtszeit, wie die Konsolidierung des Staatshaushaltes, die Umsetzung der Gesundheitsreform und schärfere Waffengesetze. Präsident Obama hat darüber hinaus bereits die Schwerpunkte für seine zweite Amtszeit genannt. Er will sich darauf konzentrieren, die Wirtschaft anzukurbeln, die Immigration neu zu regeln sowie die Energie- und Klimapolitik voranzubringen. Sich auf das “Nation Building at Home” konzentrierend wird er außenpolitisch weiterhin eher zurückhaltend und weniger risikobereit agieren. Die Beziehungen zu Asien, vor allem China, dürften weiterhin besonders im Fokus stehen. Die Hinwendung zu Asien bedeutet dabei weniger eine Abwendung von Europa, als vielmehr - mit der Aussicht auf stärkere Energieunabhängigkeit der USA - vom Nahen Osten.

Heute, am 20. Januar 2013, legte Präsident Obama im Blue Room des Weißen Hauses

im Kreise seiner Familie zum zweiten Mal den Amtseid als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ab und wurde damit offiziell in die zweite Amtszeit eingeführt. Da die Inauguration auf einen Sonntag fällt, wird die öffentliche Einführung und die Rede des Präsidenten vor dem Kapitol am Folgetag stattfinden. Dazu werden Hunderttausende Gäste erwartet. Anders als vor vier Jahren ist die Stimmung nicht mehr von überschwänglichen Hoffnungen und Erwartungen geprägt. “Hope and Change” ist realistischen Erwartungen gewichen. Viele sehen die Zukunft skeptischer. Das Land ist (nach einer aktuellen CNN-Umfrage) in der Frage gespalten, in welche Richtung das Land geht: 51% sehen die USA in die falsche, 49% in die richtige Richtung gehen. Mit derzeit 55% Prozent bekommt Präsident Obama dennoch eine relativ hohe Zustimmungsraten.

Ein Platz in der Geschichte

Entschieden die ersten vier Jahre der Amtszeit Barak Obamas vor allem über die Chance auf weitere vier Jahre als Präsident geht es jetzt um einen Platz in der Geschichte, weit über die kommenden vier Jahre hinaus. Um sich diesen Platz zu erarbeiten, hat Präsident Obama nicht wesentlich mehr als ein bis anderthalb Jahre Zeit – dann richtet sich der Fokus bereits wieder auf die nächsten Wahlen (Kongress-Zwischenwahlen 2014 und Präsidentschaftswahlen 2016).

Anders als zu Beginn der ersten Amtszeit, als die (globale) Finanzkrise zu bewältigen war, steht Präsident Obama nicht vor einer großen Krise, die so gut wie die gesamte Aufmerksamkeit auf sich zieht. Dies gibt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL

20. Januar 2013

www.kas.de/usa

www.kas.de

ihm etwas mehr Handlungsspielraum. Dennoch hat er eine Reihe von alten und neuen, zum Teil enormen Herausforderungen zu bestehen.

Alte und neue Herausforderungen: Gespaltener Kongress

Die größte Herausforderung in der ersten Amtszeit bleibt auch für die nächsten vier Jahre erhalten: Der politisch tief gesplattene Kongress. Zu Beginn seiner Präsidentschaft hatte er angekündigt, die Spaltung überwinden zu wollen – hatte dann jedoch große Vorhaben gegen die Republikaner durchgesetzt. Dies galt für das Stimuluspaket zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise wie später auch für die Gesundheitsreform. Spätestens seit den Zwischenwahlen von 2010, bei denen vor allem viele neue, von der Tea Party unterstützte fiskalkonservative Republikaner in den Kongress gewählt wurden, war das vorrangige Ziel der Republikaner im Kongress, Präsident Obamas Wiederwahl zu verhindern und alle seine Initiativen zu blockieren.

An den Machtverhältnissen im Repräsentantenhaus und Senat hatte sich mit der Wahl nichts geändert. Die Gräben scheinen eher tiefer geworden zu sein. Nach der Wahl sind die Demokraten mit einigen neuen Kongressabgeordnete weiter nach links gerückt. (Ein Beispiel ist die neu in den Senat gewählte Senatorin von Massachusetts, Elizabeth Warren.) Die Republikaner, welche sechs Sitze im Repräsentantenhaus und drei Sitze im Senat verloren hatten, sind weniger gespalten hinsichtlich ihrer politischen Zielstellungen als gespalten in der Frage, wie sie ihre bestehende Mehrheit im Repräsentantenhaus taktisch einsetzen wollen. Einer Gruppe, welche auf ideologische Reinheit setzt, steht eine pragmatische Gruppe von Abgeordneten gegenüber, welche sich auf das Erreichbare konzentrieren wollen. Für die bisherige Blockadehaltung haben die Republikaner in der Öffentlichkeit einen hohen politischen Preis bezahlt. Ihre Zustimmungsraten liegen bei ca. 26 Prozent.

Präsident Obama nahm bereits seit der Wiederwahl im November eine noch kämpferische und kompromisslosere Haltung ge-

genüber Republikanern ein. Das Kalkül könnte sein, die Republikaner noch weiter in die Ecke zu drängen und sie in ihrer Haltung noch extremer aussehen zu lassen - etwa bei der anstehenden Ausweitung der Schuldengrenze, bei neuen Waffengesetzen, bei der Umsetzung der Gesundheitsreform und neuen Einwanderungsgesetzen.

Bei der letzten Pressekonferenz von der Inauguration setzte Obama bereits den Ton für die zweite Amtszeit. Er machte deutlich, dass er sich nicht von den Republikanern zu Ausgabenkürzungen zwingen lassen wolle und ihnen die Schuld zuschreiben werde, sollte die Regierung zahlungsunfähig werden. Die Stimmung ist also eher konfrontativ als versöhnlich.

Haushaltskonsolidierung

Auf Präsident Obama kommen derweil Probleme zu, zu deren Lösung er auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Kongress angewiesen ist. Dazu gehören zunächst unerledigte, bzw. unabgeschlossene Aufgaben aus seiner ersten Amtszeit:

Im Vordergrund steht die Konsolidierung des Haushaltes. Spätestens im März erreichen die Ausgaben wiederum die (selbst auferlegte) gesetzliche Schuldengrenze. Die notwendige Ausweitung hatte im Sommer 2011 an den Rand des Zahlungsunfähigkeit geführt und zu einer Abwertung der USA durch Ratingagenturen geführt. Letztlich sind die Probleme seitdem nicht erledigt. Die Schulden betragen derzeit ca. 112 Prozent des BIP und sind langfristig nicht nachhaltig. Die Republikaner beharren weiter auf wesentlichen Ausgabenkürzungen. Mittelfristig führt wohl kein Weg an gleichzeitigen Ausgabenkürzungen und einer Anhebung der Staatseinnahmen vorbei. Substantielle Kürzungen sind nur zu erreichen, wenn auch (wie bisher für die Demokraten) der Sozialhaushalt nicht tabu ist. Eine Anhebung der Staatseinnahmen bedeutet auch eine Überholung der Steuergesetzgebung – ein weiterer Streitpunkt mit den Republikanern.

Das Problem des Staatshaushaltes und zähe Verhandlungen im Kongress könnten alles andere überschatten, was sich Obama für

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL

20. Januar 2013

www.kas.de/usa

www.kas.de

die zweite Amtszeit vorgenommen hat. Es ist zu befürchten, dass es keine umfassenden Lösungen geben wird, sondern auf kurzfristige Entspannung neue Krisen folgen werden. Beobachter sprechen sarkastisch von einer „Europäisierung Amerikas“.

Umsetzung der Gesundheitsreform

Der innenpolitisch größte Erfolg der ersten Amtszeit war die Umsetzung der Gesundheitsreform („Affordable Care Act“). Erstmals ist allen Amerikanern eine bezahlbare Krankenversicherung garantiert. Die erfolgreiche Umsetzung steht jedoch noch an. Vor allem ist die Finanzierung noch nicht gesichert und könnte zu neuen Auseinandersetzungen mit den Republikanern führen. Ohne eine gleichzeitige Reform des Gesundheitssektors, welcher schon heute mit etwa 17 Prozent den Haushalt belastet – Tendenz stark steigend – ist der Erfolg in Frage gestellt. Politisch hoch sensibel ist u.a. die Reform der staatlichen Krankenversicherung für Ältere, Medicare, welche den Haushalt überproportional belastet.

Schärfere Waffengesetze

Nach mehreren Amok-Läufen, zuletzt an einer Schule in Newtown in Connecticut, steht Präsident Obama unter Druck, schärfere Waffengesetze auf den Weg zu bringen um so dazu beizutragen, zukünftig derartige Tragödien verhindern zu helfen. Auch dies dürfte den Einsatz hohen politischen Kapitals in der zweiten Amtszeit erfordern. Obama hat in den vergangenen Tagen bereits eine von seinem Vizepräsident Biden erarbeitete Liste mit 23 Maßnahmen für stärkere Waffenkontrolle vorgelegt, welche er zunächst ohne den Kongress umsetzen kann. Dies wird jedoch nicht ausreichen. Vor allem muss der Zugang zu Sturmgewehren und Kriegswaffen neu geregelt werden. Ein Verbot von Sturmgewehren gilt im Moment jedoch weder im Repräsentantenhaus, noch im Senat als umsetzbar. Gründe dafür sind nicht nur der weiterhin große Einfluss der Waffenlobby im Kongress, sondern auch die gespaltene Öffentlichkeit in diesen Fragen. Allein die Diskussion um ein Verbot von Sturmgewehren hatte dazu geführt, dass vielerorts Sturmgewehre ausverkauft

waren. So stellen sich auch eine Reihe von Demokraten im Kongress gegen schärfere Waffengesetze, da sie sonst um ihre Wiederwahl bangen müssten. Als realistischer gelten dagegen moderatere Maßnahmen wie etwa strengere Überprüfungen der Personen beim Waffenkauf (background checks) und das Verbot von großen Magazinen.

Kernthemen der zweiten Amtszeit

Darüber hinaus hatte Präsident Obama bereits eine Reihe von Kernthemen für seine zweite Amtszeit identifiziert: Wirtschaft, Immigration, Energie.

Wirtschaft

Die Wirtschaftsentwicklung ist nach wie vor ein zentrales Problem. Die Arbeitslosigkeit liegt heute bei 7,8 Prozent – exakt der gleichen Quote wie bei seiner Einführung im Januar 2009. Allerdings nimmt der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung ab, er liegt bei 63 Prozent. - Analysten gehen von einer realen Arbeitslosigkeit von bis zu 15 Prozent aus, rechnet man die hinzu, die sich aufgrund mangelnder Aussicht auf einen Job vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben.

Präsident Obama möchte die Wirtschaft mit neuen Investitionen vor allem in Infrastruktur, Bildung und Forschung ankurbeln und so langfristig auf Erfolgskurs bringen und Arbeitsplätze schaffen.

Eine Modernisierung der Infrastruktur – vor allem Highways und Stromnetze - ist dringend notwendig. Auch die Reform des Bildungssektors gehört zu den dringenden Aufgaben. Zwar gehören die amerikanischen Universitäten nach wie vor zur Weltspitze. Allerdings sind sie unbezahlbar teuer geworden. Viele Studenten verschulden sich hoch und tragen zur enormen Verschuldung privater Haushalte bei, wenn sie dann auf dem angespannten Arbeitsmarkt keine adäquaten Stellen finden.

Im Wahlkampf hatte Obama zwar erfolgreich darauf verwiesen, dass er eine desaströse Wirtschaftslage geerbt hatte. Er hatte es so geschafft, trotz schlechter Daten wiedergewählt zu werden. Für einen Platz im Geschichtsbuch reicht dies jedoch nicht,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL

20. Januar 2013

www.kas.de/usa

www.kas.de

wenn er hier keine wesentliche Verbesserung erzielen kann.

Immigration

Die große Herausforderung der Immigrationspolitik sind die (nach Schätzungen) 11-12 Millionen illegalen Einwanderer, welche teilweise schon länger im Land leben und Teile der Gesellschaft geworden sind. Die Immigrationspolitik, insbesondere ein Weg zu einer Legalisierung und Einbürgerung, galt bisher als umstritten. Vor allem die Republikaner lehnen alle Maßnahmen ab, welche illegale Einwanderung letztlich anerkennt.

Seit der vergangenen Wahl wächst unter Republikanern das Bewusstsein dafür, dass eine Öffnung ihrer bisherigen Positionen notwendig ist. Mit einem wachsenden Anteil von Minderheiten am Wahlvolk haben die Republikaner in Zukunft keine Chance Wahlen zu gewinnen, wenn sie sich wie bisher vor allem auf weiße Amerikaner stützen.

Immigration und Integration könnten deshalb Bereiche sein, in welchem Präsident Obama mit zumindest teilweiser Unterstützung der Republikaner rechnen kann. Präsident Obama strebt eine umfassende gesetzliche Regelung an. Die Republikaner - wie etwa der kubanisch-stämmige Senator Marco Rubio aus Florida, der sich dies zu einer Hauptaufgabe gemacht hat und seine Partei drängt, sich in der Immigrationspolitik zu bewegen - einen stufenweisen und auf bestimmte Gruppen wie Kinder, Studenten etc. differenzierten Ansatz verfolgt. Auch wenn es noch Differenzen in der Umsetzung gibt, die Zielstellung bringt beide Seiten zunehmend zusammen.

Energie- und Klimapolitik

Neben Wirtschaft und Immigration hatte Präsident Obama bereits die Energiepolitik als drittes großes Thema für die zweite Amtszeit genannt. Im Vordergrund steht hier die Verstärkung der Energieunabhängigkeit. Es ist zu erwarten, dass der Abbau von fossilen Brennstoffen – vor allem auch offshore - weiter gefördert wird. Mit den letzten großen Stürmen, nicht zuletzt dem

Sturm „Sandy“ kurz vor der Wahl – wächst allerdings auch das Bewusstsein für Klimawandel in der Bevölkerung. Noch führt dies jedoch nicht zu Mehrheiten im Kongress für eine ambitioniertere Gesetzgebung zur Förderung von erneuerbaren Energien, welche Präsident Obama immer wieder angekündigt hatte. Dennoch hat Präsident Obama durch Regierungsinstitutionen wie die Environmental Protection Agency die Möglichkeit, den Energiemix zunehmend hin zu erneuerbaren Energien zu verschieben. Immerhin gibt es auf der Ebene der Bundestaaten Bewegung. So hatte erst kürzlich Kalifornien als erster Bundesstaat den CO2-Emissionshandel eingeführt.

Außenpolitik

In der ersten Amtszeit stand außenpolitisch der Rückzug amerikanischer Truppen aus dem Irak und Afghanistan im Vordergrund. Dies war - nach vielen Jahren starken militärischen Engagements - Teil einer insgesamt weniger invasiven, zurückhaltenden Außenpolitik, welche vor allem auch stärkere Beiträge von den Partnern erwartet. Als symptomatisch galt das "leading from behind" und ein Vermeiden des Einsatzes von Bodentruppen im Zusammenhang mit dem militärischen Eingreifen in Libyen. Gleichzeitig kam es - vor allem in Pakistan – zu einem verstärkten Einsatz von Drohnen, um Risiken zu vermeiden.

Dieser Ansatz dürfte auch in der zweiten Amtszeit leitend sein. Die Nominierungen Präsident Obamas für den Verteidigungsminister (der ehemalige Senator Chuck Hagel) und für den Außenminister (Senator John Kerry) – beide müssen noch vom Kongress bestätigt werden - deuten darauf hin, dass Präsident Obama die eher zurückhaltende Außenpolitik weiterführen und keine besonderen Risiken eingehen möchte. Darüber hinaus ist eine übergeordnete außenpolitische Strategie bisher nicht erkennbar. Vor allem wird er sich auf das "nation building at home" konzentrieren.

Insgesamt dürften die Beziehungen zu Asien, insbesondere China, das wichtigste Element der Außenpolitik darstellen. Präsident Obama steht vor der Herausforderung, die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL

20. Januar 2013

www.kas.de/usa

www.kas.de

Beziehungen so zu gestalten, dass sie den Chancen, aber auch den wirtschaftlichen, politischen und nicht zuletzt militärischen Herausforderungen Chinas gerecht werden.

Der "Pivot to Asia" ist dabei weniger eine Abwendung von Europa, als vielmehr vom Nahen Osten. Europa wird – trotz aktueller wirtschaftlicher Probleme – nach wie vor als wichtiger Partner für viele globale Fragen gesehen. Angesichts der zunehmenden Energieunabhängigkeit der Vereinigten Staaten dürfte der Nahe Osten für die USA an Bedeutung verlieren. Dies wird Auswirkungen auf das militärische und politische Engagement in der Region haben und zusätzlich die Erwartung erhöhen, dass sich die Partner stärker engagieren.

Gleichzeitig bestehen jedoch nach wie vor Risiken für die USA, von welchen sich der Präsident nicht abwenden kann. Dies betrifft vor allem Iran, welches höchste Aufmerksamkeit erfordert. Präsident Obama hat mehrfach deutlich gemacht, dass er eine nukleare Bewaffnung des Iran nicht akzeptieren würde. Im Moment gehen Beobachter davon aus, dass er die Erfolgchancen von Sanktionen und Verhandlungen im Rahmen von P5+1 noch nicht als erschöpft ansieht. Die Stunde der Wahrheit dürfte allerdings näher rücken. Auch in den USA mehren sich die Stimmen, die davon ausgehen, dass weder die Sanktionen noch die Verhandlungen einen Kurswechsel der iranischen Führung mit sich bringen werden.

Die neu sichtbar gewordenen Risiken in Afrika, die noch unklare Perspektive der Umwälzungen in den arabischen Ländern – insbesondere auch in Syrien, die Auswirkungen der Unsicherheiten in Mali, die unsichere Entwicklung in Pakistan stellen dabei nur weitere Felder dar, welchen sich der Präsident intensiv widmen muss. Unklar ist, ob er angesichts dieser vielfältigen Herausforderungen in der Region und nach den erfolglosen Bemühungen in der ersten Amtszeit auch eine neue Initiative zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes ergreift. Die Aussichten, eine Lösung zu erzielen sind sehr gering und nicht zuletzt auch von den Wahlen und der neuen Regierungskoalition in Israel abhängig.

Ambitionen, aber keine großen Schritte

Derzeit ist noch nicht abzusehen, in welchem Bereich Präsident Obama besonders erfolgreich sein und in die Geschichte eingehen wird. Derzeit sieht es in allen Bereichen zwar nach einer ambitionierten Politik, jedoch nicht nach einer Politik der großen Schritte und umfassenden Lösungen, sondern eher nach wichtigen, aber eher inkrementellen Fortschritten bei der Bewältigung der alten und neuen Herausforderungen aus.